

(Chinese Association of Overseas Exchanges), dem chinesischen Rat für die Förderung des internationalen Handels (China Council for the Promotion of International Trade) sowie durch die Vereinigung der Überseechinesen Nanjings und die Stadt Nanjing.

Ziel der World Chinese Entrepreneurs Convention, die 1991 ins Leben gerufen wurde, ist der weltweite Kontakt chinesischer Unternehmen, um die Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel und die gegenseitige Entwicklung zu fördern. (XNA, 22.8.01) -schü-

28 Regeln für die Internationalisierung der Banken

Mitte August d.J. veröffentlichte die Zentralbank Richtlinien für die Gründung von Niederlassungen oder Tochtergesellschaften der Banken im Ausland. Ziel der neuen Bestimmungen ist es, durch detaillierte Vorgaben eine gesunde Entwicklung der Auslandsniederlassungen der Geschäftsbanken zu garantieren.

Die Geschäftsbanken, die eine Internationalisierungsstrategie verfolgen wollen, bedürfen für die Gründung von Niederlassungen im Ausland bzw. für den Kauf von Banken im Ausland, für die Expansion ihrer Auslandsniederlassungen, für eine Anpassung ihrer Kapitalstruktur und einem Transport von Kapitalanteilen der Genehmigung durch die Zentralbank. Erst wenn diese vorliegt, dürfen sich die Banken dann an die lokale Bankaufsicht im Ausland wenden, um dort einen Antrag auf Niederlassung zu stellen.

Die Geschäftsbanken, die ins Ausland gehen wollen, werden aufgefordert, ein internes Kontrollsystem für das Management ihrer Auslandsniederlassungen aufzubauen. Weiterhin sollen sie das Berichtswesen verbessern, Sanktionen im Falle der Überschreitung von Entscheidungsgrenzen verhängen und beachten, dass alle Bankdienstleistungen der Überseeniederlassungen genehmigt sind.

Weiterhin sollen die Geschäftsbanken zusammen mit den Niederlassungen im Ausland ein Risikomanagementsystem aufbauen, um die Sicherheit der Mutterbank zu garantieren. Hierzu zählt die Bankregulierung, Bewertung und Management von Risiken,

einschließlich Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken der Auslandsniederlassungen.

Den Richtlinien nach soll die Zentralbank jährliche Pläne für die Aufsicht der Auslandsniederlassungen der Geschäftsbanken aufstellen. Neben allgemeinen Überprüfungen sollen pro Jahr zwei Niederlassungen einer speziellen Überprüfung unterworfen werden.

Die Bestimmungen gehen auch explizit auf die im Basle Committee on Banking Supervision enthaltenden Regeln für die Bankaufsicht ein. Die PBC wird die Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden stärken und einen Austausch von Informationen bezüglich der Bankaufsicht durchführen, um eine vollständige Aufsicht über die Niederlassungen der Geschäftsbanken zu erreichen. (XNA, 21.8.01)

Bereits 1990 gab es Bestimmungen der Zentralbank, die die Anforderungen an eine Aktivität im Ausland definierten. Dazu zählte, dass die Bank mindestens drei Jahre Erfahrungen im Devisengeschäft im Inland sowie Devisen im Werte von rd. 80 Mio. RMB als Eigenkapitalanteil nachweisen musste. Außerdem sollte die Bank einen Bericht über den geplanten Standort im Ausland vorlegen. Weiterhin hatte die Bank Jahresabschlüsse der letzten drei Jahre vorzulegen. (Shenghong Wei und Shengye Zhou (Hrsg.), *Geschäftsbanken: Praxisbuch des modernen Geschäftsbankwesens*, Beijing, 1995, S.1162).

Vor allem die Bank of China (BOC) hat bereits ein globales Netzwerk von Niederlassungen aufgebaut. Ende 1999 verfügte die BOC über 557 Auslandsniederlassungen und -banken in 22 Ländern und Regionen. Damit entfiel auf die BOC ein Anteil von 80% der gesamten Auslandsaktivitäten chinesischer Finanzinstitute. Die gesamten Aktiva und Passiva dieser Niederlassungen erreichten ein Volumen von 143,7 Mrd. US\$ bzw. 138,8 Mrd. US\$. („Bank of China: a leading global bank“, in: *Euromoney*, Dezember 2000) -schü-

SVR Hongkong

29 Rückkehr eines in Beijing wegen Spionage verurteilten Sozialwissenschaftlers

Die Hongkonger Regierung hat dem auf dem Festland verhafteten und wegen Spionage verurteilten Li Shaomin Anfang August die Rückkehr in die Sonderverwaltungsregion gestattet. Auch sein Arbeitgeber, die City University in Hongkong, hat den Arbeitsvertrag mit dem 45-jährigen Sozialwissenschaftler fortgesetzt.

Li Shaomin, ein gebürtiger Festlandschinese, der in den 1980er Jahren an der Princeton-Universität in den USA studiert, von dort aus Ende der achtziger Jahre die Demokratiebewegung unterstützt und im Jahr 1995 die amerikanische Staatsbürgerschaft erworben hatte, wurde im Februar dieses Jahres beim Grenzübertritt von Hongkong auf das Festland in Shenzhen von chinesischen Sicherheitskräften festgenommen (vgl. C.a., 2001/4, Ü 32). Nach knapp fünfmonatiger Untersuchungshaft in der Nähe Beijings wurde er am 14. Juli nach einem nur dreistündigen Gerichtsverfahren wegen angeblicher Spionagetätigkeiten für Taiwan verurteilt. Er wurde beschuldigt, im Auftrag einer taiwanesischen „Spionage-Organisation“ seit mehreren Jahren vertrauliche Informationen auf dem Festland gesammelt zu haben. Dem Urteil, das unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, folgte die unmittelbare Ausweisung in die USA. Bereits am 2. August konnte Li Shaomin in die SVR zurückkehren und gemäß einer Entscheidung der City University auch seine Forschungs- und Lehrtätigkeit als Assistenzprofessor wieder aufnehmen.

In einem ausführlichen Artikel in der Hongkonger Tageszeitung *Ming Pao* schilderte Li Shaomin die Umstände seiner Verhaftung und Verurteilung und beteuerte seine Unschuld. Er erklärte, dass es sich bei der betreffenden taiwanesischen Organisation nicht um eine etwaige „Spionage-Organisation“, sondern um eine bis-

lang auch auf dem Festland anerkannte Nichtregierungsorganisation handle, die unter anderem wissenschaftlichen Austausch fördere und in diesem Zusammenhang auch seine eigenen Forschungsprojekte zum Vergleich der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systeme in der VR China und auf Taiwan unterstützt habe. Bei seinen Aktivitäten auf dem Festland habe es sich keineswegs um Spionagetätigkeiten, sondern vielmehr um rein wissenschaftlich motivierte Recherchen gehandelt; die Informationen zur sozioökonomischen und politischen Situation auf dem Festland, die er in der Vergangenheit erhalten habe, hätten nicht den Status von Staatsgeheimnissen. Er sei über die Entscheidung der SVR-Regierung sehr glücklich und hoffe, seine Forschung fortzusetzen und in der längeren Frist vielleicht sogar wieder Einladungen zu Vorträgen und Seminaren auf dem Festland anzunehmen.

Von internationalen Menschenrechtsgruppen und demokratischen Kräften in Hongkong wurden die Entscheidungen der Hongkonger Regierung und der City University begrüßt. Die Einreise- und Arbeitserlaubnis für Li Shaomin, so wurde hervorgehoben, unterstreiche die politische Autonomie Hongkongs innerhalb des Systems „Ein Land, zwei Systeme“, das seine Funktionstüchtigkeit damit entgegen anderweitiger Befürchtungen unter Beweis stelle. Von offizieller chinesischer Seite, die sich zur Entscheidung der Hongkonger Regierung nicht äußerte, ist zu vermuten, dass sie den positiven Public-Relations-Effekt der Rückkehr Li Shaomins in die SVR durchaus erkennt.

Kritischere Kommentatoren aus Hongkong argumentieren dagegen, dass die Regierung der SVR gar keine andere Wahl hatte, als Li Shaomin einreisen zu lassen. Von Seiten der USA sei ein erheblicher Druck ausgeübt worden, nachdem Li Shaomin im direkten zeitlichen Zusammenhang eines Besuchs des US-amerikanischen Außenministers Powell in China im Juli in die USA ausgewiesen worden war, was dort als ein diplomatischer Erfolg verbucht wurde. Intern verfüge die Hongkonger Regierung bisher über keine juristische Handhabe, um nationale Sicherheitsbedenken des Festlands zu überprüfen und als Grund für

eine Verweigerung der Einreise heranzuziehen. Nach Art. 154 des *Basic Law* fallen Fragen der Immigration generell unter die politische Autonomie der SVR. Der umstrittene Art. 23 dagegen, der die Ausarbeitung von Anti-Subversions-Gesetzen in Hongkong fordert und der unter dem Gesichtspunkt der nationalen Sicherheit in Fällen wie dem vorliegenden eine Entscheidungsautorität der VR China oder zumindest eine Abstimmung zwischen Beijing und Hongkong nahelegen müsste, ist dagegen bislang nicht umgesetzt. Angesichts des internationalen politischen Drucks und der bestehenden Gesetzeslücke hätten sich die Behörden der SVR für den „leichteren Weg“ entschieden.

Als Folge des Vorfalls – sowie weiterer ähnlicher Vorfälle in den vergangenen Monaten (vgl. C.a., 2001/4, Ü 32) – ist zum einen insgesamt eine Verunsicherung unter Akademikern chinesischer Herkunft in Hongkong zu beobachten, die sich bislang in der SVR sicher geglaubt haben. Zwar haben die Entscheidungen der Hongkonger Regierung und der City University die Gemüter vorläufig beruhigt, doch ist die akademische Gemeinschaft alarmiert und dürfte in Zukunft bei der Ausgestaltung festlandsbezogener Forschungsaktivitäten größere Vorsicht walten lassen, um in Beijing keine Bedenken hinsichtlich einer Verletzung der „nationalen Sicherheit“ zu wecken.

Zum anderen liefert das Ereignis einen erneuten Anstoß für eine Umsetzung des Art. 23 des *Basic Law*, also für eine Ausarbeitung von Anti-Subversions-Gesetzen in der SVR. Angesichts der bislang sehr undurchsichtigen, in sich widersprüchlichen Rechtspraxis der VR China handelt es sich hier um eine komplexe und politisch höchst sensitive Problematik, der die Hongkonger Regierung bislang erfolgreich ausgewichen ist. Scheint die Öffentlichkeit im Fall Li Shaomins nicht davon auszugehen, dass er tatsächliche Spionageaktivitäten nachgegangen ist, so könnte die bestehende Gesetzeslücke in zukünftigen konkreteren Fällen erhebliche Handlungsprobleme erzeugen. (*Hong Kong iMail*, 1., 2.8.01, nach BBC PF, 1., 2.8.01; SCMP, 3., 7., 9., 13.8.01; *Ming Pao*, 7.8.01, nach FBIS, 7.8.01; IHT, 4.8.01; AWSJ, 3.7.01) -hol-

30 Höhere Quote für Visa an festländische Touristen

Nach einem Beschluss der Hongkonger Regierung soll von September dieses Jahres an die Quote für die Ausgabe von Besucherlaubnissen an festländische Touristen von bislang 1.500 auf 2.000 erhöht werden. Auch soll die Zahl der bisher vier offiziellen Reiseveranstalter auf dem Festland, die aufgrund ihrer Monopolstellung die Zahl der Reisebewilligungen angeblich bislang bewusst niedrig gehalten haben, auf 17 erweitert werden.

Der Schritt ist Teil eines umfangreichen Maßnahmenpakets zum Ausbau der Tourismusbranche in Hongkong, für das in den kommenden fünf Jahren mindestens 18 Milliarden HKD bereitgestellt werden sollen. Die gezielte Förderung des Tourismus wird als eine wichtige wirtschaftspolitische Strategie erachtet, um die schleppende konjunkturelle Entwicklung in Hongkong aufzufangen.

Ein großes Potenzial wird bei Besuchern vom Festland erwartet, die bislang 29% der über 13 Millionen jährlich nach Hongkong reisenden Touristen ausmachen. Kritische Stimmen geben allerdings zu bedenken, dass Besucher aus der Volksrepublik sich häufig einer herablassenden, wenn nicht gar diskriminierenden Haltung vieler Hongkonger Bürger ausgesetzt sähen und von Händlern immer wieder ausgenommen würden. Die SVR büße dadurch für festländische Touristen an Attraktivität ein. (SCMP, 22., 25.8.01; Radio and Television Hongkong, Radio 3, 24.8.01, nach BBC PF, 24.8.01). -hol-

31 Andrang auf Form Six der Sekundarschule

In diesem Jahr haben 44.643 Schüler von insgesamt 76.231 Kandidaten die Prüfungen für das Hong Kong Certificate of Education Examination (HKCEE) bestanden. Die Prüfungen werden am Ende der Form Five abgelegt und entscheiden darüber, ob ein Schüler die Sekundarschule verlassen muss oder in die Form Six weitergehen kann, die wiederum Voraussetzung für ein Hochschulstudium ist. Aufgrund des wirtschaftlichen Abschwungs und

der damit verbundenen schlechten Berufsaussichten war die Konkurrenz wie schon im vergangenen Jahr auch dieses Mal sehr groß. Es stehen nämlich nur 24.300 Schulplätze in der Form Six zur Verfügung. Dies bedeutet, dass viele Schüler, die die Prüfungen bestanden haben, keinen der kontingentierten Schulplätze für die Form Six erhalten. Die Regierung ist bemüht, denjenigen, denen ein Schulplatz der Form Six verwehrt ist, alternative Möglichkeiten anzubieten. So hat sie die Secondary Six-Plätze an den staatlichen Abendschulen von 360 auf 540 erhöht, desgleichen die Schulplätze für Schüler, die die Form Five wiederholen möchten, von 1.160 auf 2.160. Vor allem aber hat die Regierung im vergangenen Jahr das Projekt „Sprungbrett“ („Springboard“) eingerichtet. Dieses Projekt soll jungen Menschen, die beim HKCEE schlechter abgeschnitten haben, die Chance geben, sich für eine berufliche Laufbahn oder für ein Hochschulstudium zu qualifizieren. Es bietet ein einjähriges Studium mit Kursen in Chinesisch, Englisch, Computerausbildung und einigen berufsbildenden Kursen an. Erfolgreiche Absolventen können sich entweder auf Regierungspositionen bewerben oder an einer tertiären Bildungsinstitution minderen Grades studieren. Bemängelt wird allerdings, dass für ein Jahr Springboard-Schule ein Schulgeld von 30.000 HK-Dollar erhoben wird. Dies sei für die meisten Schüler zu teuer, heißt es. Die Regierung erwägt, im nächsten Jahr die Zahl der Schulplätze für die Form Six zu erhöhen. Schüler, die beim HKCEE keine guten Ergebnisse erzielt haben, können auf eine Berufsschule gehen. Für Berufsbildung stehen 32.000 Plätze zur Verfügung.

Aufgrund der Konkurrenzsituation schnitten die Schüler dieses Jahr insgesamt bei den Prüfungen besser ab als letztes Jahr. Sie haben begriffen, dass eine gute Schulbildung ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessert. Die Arbeitslosenquote ist unter jungen Menschen besonders hoch. Sie liegt bei den 15- bis 18-Jährigen bei 21,3 Prozent, während sie für die gesamte Arbeitsbevölkerung 4,6 Prozent beträgt. (Vgl. SCMP, 8., 9., 14.8.01) -st-

32 Bevölkerungsentwicklung

Die Zensus- und Statistik-Abteilung Hongkongs gab kürzlich die neueste Bevölkerungszahl der SVR Hongkong zur Jahresmitte 2001 heraus. Danach betrug die Bevölkerungszahl 6.732.100. Im Vergleich zur Jahresmitte 2000 ist die Bevölkerung um 67.100 Personen gewachsen. Das bedeutet eine Zunahme um ein Prozent. (XNA, 1.9.01)

Gleichzeitig hat eine von der Regierung in Auftrag gegebene Studie festgestellt, dass die Bevölkerung auf der Insel Hongkong abnimmt, während sie in den New Territories und den anderen Inseln wächst. Bis zum Jahre 2010, so die Prognose, wird die Mehrzahl der Hongkonger Bevölkerung, nämlich 53%, in den New Territories wohnen. Bis zum Ende des Jahrzehnts wird die Bevölkerungszahl Schätzungen zufolge auf 7,3 Millionen gestiegen sein. Bis dahin wird sich die Bevölkerungszahl auf der Insel Hongkong von geschätzten 1.318.900 Menschen im Jahr 2000 auf dann 1.197.100 Menschen verringert haben. Dies bedeutet eine Abnahme um 9,2%. Die Bevölkerungsverchiebung weg von der Hauptinsel zu den Außeninseln und den New Territories weckt bereits Befürchtungen über einen Niedergang der Insel Hongkong. An die Regierung wurde appelliert, Maßnahmen gegen diesen Trend zu unternehmen. Anderenfalls würde es zum Verfall der Immobilienpreise und zu einer Vernachlässigung der Infrastruktur kommen. Ein Regierungssprecher hielt dagegen, dass die Entwicklung mit einer natürlichen Dezentralisierung zusammenhänge, da der Raum auf der Insel Hongkong begrenzt sei und die Verkehrsverbindungen zu den New Territories und den Außeninseln sich stetig verbesserten. (SCMP, 8.8.01) Es ist nicht zu erwarten, dass die Hongkonger Regierung kurzfristig Maßnahmen gegen die Bevölkerungsverchiebung weg von der Hauptinsel ergreifen wird. Aber sie wird die gerade in Gang gekommene öffentliche Diskussion mit Interesse verfolgen. -st-

SVR Macau

33 Kandidaten für die neue Legislativversammlung nominiert

106 Personen sind als Kandidaten für die am 23. September zu wählende neue (zweite) Legislativversammlung (das Parlament) der Sonderverwaltungsregion (SVR) Macau aufgestellt worden. Dies verlautbarte aus dem Büro für öffentliche Verwaltung und öffentliche Dienste. Die Amtszeit der jetzigen Legislativversammlung, die im September 1996 gewählt worden war und über die Gründung der SVRM hinaus im Amt verblieb, läuft am 15. Oktober dieses Jahres aus. Die neue Legislativversammlung wird im Einklang mit dem *Basic Law* 27 Mitglieder statt der bisherigen 23 haben. Die Zahl der vom Regierungschef ernannten Mitglieder bleibt bei sieben, doch die Zahl der direkt (von den Bürgern) und indirekt (von Interessengruppen) gewählten Mitglieder steigt von jeweils acht auf jeweils zehn. Die Kandidaten sind in 19 Gruppen oder Kandidatenlisten aufgeteilt. 15 Listen mit 96 Personen werden sich der Direktwahl stellen (das ist ein historischer Rekord seit ihrer Einführung in Macau im Jahr 1976), die anderen der indirekten Wahl, so Lidia da Luz, Direktorin des Büros. Unter den Kandidaten befinden sich Fachleute, Geschäftsleute, Angestellte und Staatsbedienstete. Die Zahl der Wähler, die sich für die Wahl registrieren ließen, erreichte die Rekordmarke von 160.204 (von insgesamt 240.000), was etwa einem Drittel der Bevölkerung entspricht. 58% der Wählerschaft sind auf dem Festland geboren. Bei den Wahlen 1996 hatte es mit 64,38% eine relativ hohe Wahlbeteiligung gegeben. 74.964 der 116.000 registrierten Wähler waren zur Urne gegangen. 62 Kandidaten auf 12 Listen hatten zur direkten Wahl gestanden.

Unter den 15 Gruppen sind Arbeiter-, Geschäfts- und Gemeindevereinigungen, die Beijinger Interessen vertreten. Vier Listen sind mit der Glücksspiel- und Unterhaltungsindustrie verknüpft. Ferner finden sich